die Sondergerichte die Antifaschisten, das Proletariat treffen werden. Die SPD setzt damit ihre Tolerierungs- und Kapitulationspolitik fort und unterstützt durch die schändlichste Illusionsmacherei des Faschismus.

Am drastischsten kommt das in der Dresdner Volkszeitung zum Ausdruck, die gestern, nachdem sie tagelang nach Maßnahmen der Regierung geschrieen hat, erklärt:

„Die Bombenschmeißerei der braunen Horden, die Schießerei gegen Republikaner und Sozialisten geht weiter. Der Reichskommissar Bracht hat gedroht. Nichts ist geschehen. Jetzt endlich will der Reichskanzler energisch werden. Er ist von seiner Urlaubsreise zurückgekehrt und hat sich über die Terrorakte Vortrag halten lassen."

Damit begrüßt die Volkszeitung die Notverordnungen gegen die Arbeiterschaft und unterstreicht das noch durch eine Polemik gegen den Anzeiger, der aus den Hugenbergquellen informiert, in demagogischer Absicht von der „Zweischneidigkeit" dieser Maßnahmen spricht. Nach Meinung der Volkszeitung sind sie eindeutig und werden bejubelt.

Um die Regierung der faschistischen Diktatur

Gewiß bestehen Differenzen zwischen Schleicher und Hitler. Die entscheidenden Teile der Bourgeoisie, deren Repräsentant Schleicher ist, wünschen

eine faschistische Präsidial-Regierung unter Einbeziehung und Einordnung der Hitlerbewegung; sie sehen darin die derzeit günstigsten Möglichkeiten für ein faschistisches Regime,

bei der Abwälzung aller Lasten auf die Arbeiter und bei der Niederhaltung und imperialistischen Ablenkung der Massen. Andere Teile der Bourgeoisie wünschen die Führung der faschistischen Diktatur durch Hitler.

Ein Konkurrenzkampf besteht zwischen allen bürgerlichen Parteien und Gruppen, zwischen dem Schleicherkreis, der Hitlerpartei, dem Zentrum, den Deutschnationalen und der Sozialdemokratie untereinander.

Aber diese Differenzen sind völlig untergeordnet der Tatsache, daß alle bürgerlichen Gruppen die gemeinsame Grundlage des kapitalistischen Systems haben, daß sich alle einig sind in der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Klassenherrschaft. Und da die Bourgeoisie, um ihre Herrschaft zu erhalten, jetzt von „demokratischen" Methoden zu faschistischen übergegangen ist, unterstützen alle bürgerlichen Gruppen und Parteien — jede auf ihre Weise — die faschistische Diktatur.

Die Arbeiterschaft kann und darf keinen Augenblick im Zweifel sein, daß die Sondergerichte ein Schlag gegen das Proletariat, eine neue Aktion der faschistischen Diktatur Schleichers und Papens, die Erfüllung einer Forderung der Hitlerpartei sind.

„Wir fordern Standrecht!" rief der nationalsozialistische Angriff am 3. August. Am gleichen Tage erklärte Hitlers Völkischer Beobachter im Leitartikel:

„Völker mit noch ungebrochenen Abwehrinstinkten haben heute vorgebeugt, um sich gegen die Fäulniserreger zur Wehr zu setzen. Jugoslawien hat die Kommunistische Partei verboten. Ebenso Ungarn. Kürzlich langten in Budapest zwei Räterepublikaner an. Man verurteilte sie zum Tode und hängte sie . . Volkserziehung und Standrecht wird Deutschland immun machen gegen zersetzendes Gift.

Den Wünschen der Hitlerpartei soll durch die Bourgeoisie entsprochen werden. Im faschistischen Ungarn wird die Todesstrafe gegen Antifaschisten durch Hängen vollzogen, im faschistischen Deutschland, wen die Verordnungen erlassen werden, durch Erschießen.

Faschistische Standgerichte

Die Richter der Standgerichte sind dieselben, die seit Jahr und Tag die mildesten Urteile gegenüber Nazis und die ungeheuerlichsten Zuchthausurteile gegen Antifaschisten gefällt haben. Die Verordnung besagt überdies, daß die „Sondergerichte Gerichte der Länder" sind und daß „für Gnadenakte die Landesregierungen zuständig" sind. Für die Urteile in Braunschweig wird Nazi-Klagges zuständig sein, in Anhalt, Oldenburg und Mecklenburg die anderen Naziminister. In Preußen wird Papen, der mit Hitler über eine Koalition verhandelt, und Bracht, der am 8. August gemeinsam mit dem Nazi-Landtagspräsidenten Kerrl auf der Feier der Vereinigung der Polizeioffiziere Reden hielt, für Gnadenakte zuständig sein.

Schärfstes Vorgehen gegen Antifaschisten

Schon veröffentlicht die der Reichsregierung nahestehende bürgerliche Presse unter Einschluß der Nazizeitungen in dem Augenblick, in dem die SA feldmarschmäßig ausgerüstet zusammengezogen wird, in dem solche Konzentrationen speziell auch aus Schlesien gemeldet werden, eine groß aufgemachte „Meldung", daß nach gewissen im preußischen Innenministerium eingelaufenen Nachrichten aus Gleiwitz dort Bürgerkriegsvorbereitungen der Kommunisten in Form von Befestigungsanlagen (!!) beobachtet worden sein sollen.

In Berlin wurden gestern in den späten Abendstunden Durchsuchungen kommunistischer Verkehrslokale durchgeführt und 30 Arbeiter verhaftet. In Hamburg hat in der gleichen Linie der SPD-Polizeipräsident eine riesige Polizeirazzia veranstaltet, in der das von antifaschistischen Arbeitern stark bewohnte Gängeviertel „nach strategischen Gesichtspunkten aufgeteilt, alle Zugänge zu den Gängen abgeriegelt und jeder Keller, jeder Hof, jede Wohnung durchsucht wurde." Alle diese Tatsachen zeigen jedem Arbeiter, daß sich die neuen faschistischen Maßnahmen der Papen-Schleicher-Diktatur nur gegen die antifaschistische Bewegung, gegen die Proletarier richten.

Die Zusammenziehung der SA auf Anweisung Hitlers und ihre Marschpläne, die Einsetzung der faschistischen Sondergerichte durch die Schleicher-Papen-Regierung und die Koalitionsbesprechungen bedeuten den höchsten Alarm für alle Arbeiter.

Das bankrotte kapitalistische System greift zu verschärften Gewaltmaßnahmen. Die Standgerichte bedrohen die Arbeiter mit Todesurteilen. Die SA-Banden Hitlers wollen im Interesse des kapitalistischen Systems und der Versailler Sklaverei neue Mordattentate auf Antifaschisten verüben.

Die Sozialdemokratie setzt ihre verräterische Politik des „kleineren Uebels" fort; vor einem halben Jahre war Brüning das „kleinere Uebel" gegenüber Schleicher, jetzt ist es Schleicher gegenüber Hitler und vielleicht gar schon Hitler gegenüber Straßer oder Goebbels. Wie heute die Schleicher-Papen-Regierung ihre Verordnung über Sondergerichte und Todesurteile auf Grund der Brüning-Verordnung über Sondergerichte vom 6. Oktober 1931 erläßt, so kann Hitler die Sondergerichte, von denen der „Vorwärts" die „Frage" stellt, „wem" sie gelten, für ein noch furchtbareres Blutregiment in Deutschland übernehmen.

Das Gebot der Situation ist die Entfaltung der wirklichen Kräfte der Arbeiterklasse, vor allem in den Betrieben, sowie auch auf den Stempelstellen und in den Arbeitervierteln. Je

Erfolgreiche Textilarbeiter-Streiks

Arbeiterinnen geben kühnes Beispiel zur roten Kampfwoche

Im Textilbetrieb Liebermann in Falkenau erzwangen die Arbeiterinnen und Arbeiter durch Stillsetzung der Maschinen die Zurücknahme der Rationalisierungsmaßnahmen im Betrieb. Vor einiger Zeit tauchte dort ein „Reorganisator" auf, der das Achtstuhlsystem einführte und eine Reihe anderer Schikanen ausklügelte. Schon nach einer halben Stunde erzwangen sie von der Direktion die Zusicherung, daß der Reorganisator keinerlei Rationalisierungsmaßnahmen im Betrieb durchführen darf. Dieser Streik beweist die außerordentliche Kampfstimmung in den sächsischen Textilbetrieben.

Im Betrieb Neumann & Bühren in Immegrath wurde durch Unternehmerdiktat die Verkürzung der Arbeitszeit von fünf auf vier Tage angeordnet. Der damit verbundene Lohnabbau von 20 Prozent wurde von der zum größten Teil aus christlichen Arbeiterinnen bestehenden Belegschaft mit dem sofortigen Eintritt in den Streik beantwortet. Trotz der Drohung des Unternehmers, die Belegschaft sofort fristlos zu entlassen, wurde geschlossen weitergestreikt, so daß der Unternehmer gezwungen war, nach knapp zweistündigem Streik sein Diktat zurückzuziehen und es bei der alten Arbeitszeit zu belassen.

Westfälische Textiltarife gekündigt

Ueberall gehen die Unternehmer zu neuen Angriffen auf die Hungerlöhne der Arbeiterschaft über. Nach dem Vorstoß der Textilindustriellen in Ost- und Westsachsen haben jetzt auch die Unternehmer der Bielefelder, Gütersloher und Herforder Textilindustrie die Lohntarife zum 31. August gekündigt. Von dieser Tarifkündigung werden rund 9000 Textilarbeiter betroffen. Die Textilausbeuter fordern die Herabsetzung der Löhne auf den Stand von 1926.

Textilarbeiter mobilisieren

zur Antifaschistischen Kampfwoche der Betriebe

Durch Initiative des Zentralen Einheitsausschusses der Antifaschistischen Aktion traten gestern die Vertreter von 14 wichtigen Textilbetrieben in Wuppertal zusammen, um zu den Lehren des Textilarbeiterkampfes im linksrheinischen Gebiet Stellung zu nehmen. Nach den mit stürmischen Beifall aufgenommenen Ausführungen des Vertreters der zentralen Streikleitung von Gladbach-Rheydt und eingehender Aussprache über die Lehren des Kampfes der linksrheinischen Textiler wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die zur sofortigen Bildung von Einheitsausschüssen und zur Streikbereitmachung der Betriebe des rechtsrheinischen Tarifgebietes auffordert. In einem Appell an die Wuppertaler Arbeiterschaft wird zur härtesten Entfaltung der roten Einheitsfront und zur geschlossenen Verteidigung der vom Verbot bedrohten Kommunistischen Partei aufgefordert.

Jetzt in allen Betrieben vorgestoßen! Tragt die Antifaschistische Aktion in alle Betriebe! Bereitet Tausende von Belegschaftsversammlungen vor in der

Antifaschistischen Kampfwoche der Betriebe vom 14. bis 21. August!

In allen Betrieben kampfbereite Einheitsausschüsse der Antifaschistischen Aktion geschaffen! Organisiert den Massenstreik gegen Lohnabbau und Faschismus!

Lohnraubvereinbarung im sächsischen Schuhmachergewerbe

Lohnraubvereinbarung im sächsischen Schumachergewerbe Ab 1. August 7 Prozent Lohnabbau.

Für das Schuhmachergewerbe in dem Gebiet der Innung Dresden, Riesa, Radeberg, Leipzig, Chemnitz, Plauen und Zwickau wurde ein Schiedsspruch gefällt, der den Lohntarif wieder in Kraft setzt, mit der Bestimmung, daß die Löhne rückwirkend ab 1. August um 7 Prozent gekürzt werden. Die Gewerkschaftsbürokraten und Unternehmer hatten sich schon vorher geeinigt, den zu erwartenden Lohnabbauschiedsspruch im voraus bindend anzuerkennen.

Die Gewerkschaftsführer bleiben ihrer Rolle als Helfer bei der neueinsetzenden Lohnabbauwelle treu. Die Vereinbarung im Schuhmachergewerbe ist dafür der beste Beweis. Die Schuhmacher dürfen sich durch die Abmachungen der Bürokraten mit den Unternehmern nicht vom Kampf abhalten lassen. Die von den Bürokraten vereinbarten „Bindungen" gelten nicht für die Arbeiter. Sie müssen in engster Verbindung mit den Streikvorbereitungen in der sächsischen Textilindustrie zum Kampfe rüsten.

Streiks in Antifaschistischer Aktion

Im Zeichen der Antifaschistischen Aktion führten die Wohlfahrtsempfänger von Frankenstein in Schlesien einen erfolgreichen Kampf gegen den unerhörten Unterstützungsabbau durch. Als den Wohlfahrtsempfängern bekannt wurde, daß die Unterstützungssätze um 25 bis 30, ja sogar bis 40 Prozent gekürzt werden sollten, zogen sie in geschlossenem Zug vor das Rathaus und forderten die Auszahlung der alten Sätze. Die Annahme der neuen gekürzten Hungerunterstützung wurde von den Wohlfahrtserwerbslosen verweigert. Unter dem Massendruck der Erwerbslosen erklärte sich der Magistrat bereit, statt des vorgesehenen Abbaues von 30 bis 40 Prozent, im Höchstfalle nur 15 Prozent abzuziehen. Die Wohlfahrtsempfänger, die durch diesen Teilerfolg in ihrem Kampfeswillen gestärkt wurden, sind entschlossen, den Kampf bis zur Wiederauszahlung der alten Sätze weiterzuführen.

Pflichtarbeiterstreik in Halle

Halle, 8. August 1932. (Eig. Bericht).

Den Hallischen Pflichtarbeitern wurde in der letzten Woche die Unterstützung bis zu 30 Prozent gekürzt. Die Bezahlung für 10 Stunden Arbeit betrug bei einzelnen 1.25, 1.50 Mark. Schon am Sonnabend weigerten sich die Pflichtarbeiter, für diesen Hundelohn zu arbeiten. Ein Kampfausschuß von acht Mann wurde gewählt. In den Verhandlungen mit dem Magistrat wurde Tariflohn und Auszahlung der Unterstützung auf der Baustelle verlangt. Der Magistrat lehnte alle Forderungen ab. Darauf traten heute morgen die Baustellen Felsenkeller und Ziegelwiese in den Streik.

Streiks gegen Naziterror

In Halle führten die Bauarbeiter auf der Baustelle Kläranlage einmütig einen halbstündigen Proteststreik anläßlich der Beerdigung der Königsberger Blutopfer des SA-Terrors durch. Die Bauarbeiter nahmen eine Resolution an, in der sie den Willen des Einheitsverbandes und der RGO zur Einheitsfront anerkennen und die Spaltungspolitik der ADGB-Führer verurteilen.

Politischer Proteststreik

Zu einem eindrucksvollen Bekenntnis für den gemeinsamen Kampf in der Antifaschistischen Aktion wurde die Beerdigung des von Nazimeuchelmördern erschossenen Arbeiters Prümen in Oedt.

Ueber 5000 Arbeiter und Werktätige waren aufmarschiert. Die 700 Mann starke, vorwiegend aus christlichen Arbeitern bestehende Belegschaft des Betriebes Girmes trat um 12.30 Uhr in den politischen Proteststreik und beteiligte sich geschlossen an der Beerdigung.

Reichsbanner-Delegationen aus Krefeld und Viersen dokumentierten am Grabe ihren Einheitswillen zum Kampf in der Antifaschistischen Aktion.

Schlußakt von Weimar

Die Nazis gehören zum System

SPD-Perspektive: „Gute Nacht Deutschland". Die Arbeiterschaft kämpft in der Antifaschistischen Aktion gegen die faschistische Sklaverei

Heute oder morgen soll in Berlin eine Besprechung zwischen dem Reichswehrminister Schleicher, dem Reichskanzler Papen, Hindenburg und Hitler stattfinden. Dort wird versucht werden, die Nazipartei jetzt auch offen in das „System" einzuordnen. Die Regierung verlangt, daß die Nazis im Reichstag bei der Abstimmung über die Mißtrauensanträge ihr vor aller Oeffentlichkeit das Vertrauen aussprechen.

Das Zentrum bringt seine Bereitschaft zur Koalition mit den Nazis durch bedeutungsvolle Umstellungen in seiner Führung zum Ausdruck. Für den kranken Prälat Kaas soll Dr. Mönnig, ein Vertrauensmann der rheinischen Schwerindustrie, Führer des Zentrums werden. Brüning will man nur die Führung der Reichstagsfraktion übertragen.

Die Trustbourgeoisie hat kein Interesse daran, ihre rechte Stütze empfindlich zu schwächen. Aus diesem Grunde spielt man mit dem Gedanken, den neugewählten Reichstag wieder aufzulösen. Da eine Neuwahl den Stillstand der Naziwelle nur bestätigen würde, sollen in diesem Falle nicht wieder Reichstagswahlen stattfinden, sondern

eine neue Nationalversammlung

gewählt werden, die dann die Aufgabe hätte, die Weimarer Verfassung endgültig zu begraben und Deutschland eine Verfassung zu geben, die der Errichtung des Faschismus auch in ihrem Wortlaut entspricht.

. . . wuchtiger und gewaltiger der antifaschistische Massenkampf der Arbeiter ist, desto mehr wird die faschistische Diktatur geschwächt, desto größer werden die Differenzen zwischen den faschistischen Gruppen, desto nachhaltiger drängt das Proletariat den Faschismus zurück, um ihn und das kapitalistische System endgültig zu schlagen. Die Arbeiterschaft kämpft gegen den Mordterror der Hitlerpartei und zugleich gegen die Standgerichte und die drohenden Todesurteile gegen Antifaschisten.

Seite an Seite müssen jetzt alle Arbeiter, Kommunisten, sozialdemokratische, christliche und parteilose Proletarier gegen Hunger und Faschismus kämpfen.

Die Antifaschistische Aktion hinein in die Betriebe! Von den Betrieben aus bedient sich die Arbeiterschaft ihrer machtvollen Waffe, der Streiks.

Antifaschistischer Proteststurm in allen Orten des Reiches, roter Massenselbstschutz, zehnfach verstärkte Antifaschistische Aktion!

Dahin hat die arbeiterfeindliche Politik der SPD geführt, daß jetzt genau zum zwölften Jahrestag der Weimarer Verfassung feste Pläne erörtert werden, sie endgültig zu beseitigen und eine faschistische Verfassung festzulegen, nachdem heute schon die traurigen Rest nur noch der Artikel 48 übriggeblieben war. Und was sagt die SPD in dieser Situation? Ist sie wenigstens bereit, die von ihr gefeierte Verfassung zu verteidigen? Keine Spur! Die SPD appelliert an Gayl, den Innenminister der Papenregierung.

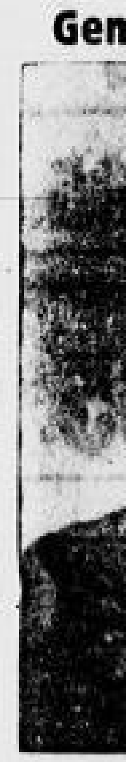
Der Leitartikel der „Dresdner Volkszeitung", der „An Herrn Gayl" überschrieben ist, soll die Triebkräfte des Innenministers der Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur in Bewegung setzen. Sie erinnert an die ostpreußische Abstimmung 1920 und unterstreicht besonders die nationalistische Einstellung der SPD. Es heißt da u. a.:

„Wie glücklich war der Abstimmungskommissar (Gayl) über die von den sozialdemokratischen Zeitungen, von den Gewerkschaften und von den Republikanern geleistete Arbeit! Waren nicht die sozialdemokratischen Parteibüros, die Gewerkschaftshäuser, die Arbeitersekretariate, ja die Zahlstelle einer Ortskrankenkasse wahre Burgen des Deutschtums? Welche Bewunderung bei Herrn von Gayl über Deutschlands ärmsten Sohn, der auch diesmal sein getreuester war."

Genau wie 1914! Jetzt treten sie mit den Nazis in den Konkurrenzkampf, wer am besten den nationalen Chauvinismus schüren kann. Doch es kommt noch toller. Für die SPD-Führer ist heute Gayl, der bei der Regierungsumbildung mit ausgeschifft werden soll, die letzte Hoffnung. Der Artikel schließt mit den Worten:

„Wenn aber der Herr Reichsinnenminister von Gayl den Abstimmungskommissar von Gayl vergessen hat, und wenn alle heutigen Machthaber so wenig aus der Geschichte gelernt und so schlecht ihre Aufgabe begriffen haben, dann: Gute Nacht, Deutschland!"

„Gute Nacht, Deutschland", das ist die Perspektive der SPD-Führer. Glücklicher Weise denken die sozialdemokratischen Arbeiter anders. Ihre Kampfbereitschaft bei dem faschistischen Staatsstreich in Preußen, der jetzt auf ganz Deutschland ausgedehnt werden soll, beweist das. Auch die sozialdemokratischen Arbeiter forderten nach dem 20. Juli als Antwort den politischen Massenstreik. Die Arbeiterklasse wird nicht in die Barbarei des Faschismus untergehen, sondern unter Führung der KPD in der Antifaschistischen Aktion sich ein Arbeiter-Deutschland erkämpfen



SLUB
Wir führen Wissen.